

Erklärung der Veranstaltung „Kein Fußbreit den Faschisten – Solidarität mit Rainer Sauer“ am 19.6.2008 an die Öffentlichkeit

Von den Anwesenden wird folgende Erklärung verabschiedet

Wir sind empört und wütend! Rainer Sauer und seine Familie aus Bocholt sind seit Monaten Angriffen von Neonazis ausgesetzt. Rainer, ver.di Sekretär in Essen, ist ein kämpferischer Gewerkschafter und aktiver Antifaschist.

Die Bedrohung des Lebens der Familie ist akut – am 1. Juni wurden nachts Schüsse auf ihr Haus abgegeben! Zuletzt wurde Rainer auf einer Internetseite von Neonazis ultimativ zu einem Gespräch aufgefordert, ansonsten gäbe es für seine Sicherheit keinerlei Garantie. Rainer Sauer organisiert mit der Bürgerinitiative „NO NAZIS – Bocholt stellt sich quer“ den aktiven Widerstand gegen Neonazis, wo immer sie auch in Bocholt aufzutreten versuchen. Dies kann von der Polizei oder vom Verfassungsschutz nicht gesagt werden. Sie schauen weg. Schlimmer noch, die Polizei verweigert Rainer Sauer den von ihm geforderten Polizeischutz.

Wir fragen: Wer steht hier gegen wen? Auf der einen Seite ein mutiger Antifaschist, auf der anderen Seite gemeingefährliche Neonazis. Auf welcher Seite stehen die Behörden? Würden sie sich auch so verhalten, wenn etwa ein Bürger in Bocholt von, so die Polizeisprache, „islamistischen Terroristen“ bedroht würde?

Sicher nicht. Schon die Hitlerfaschisten haben in der Geschichte ihre Gemeingefährlichkeit bewiesen. Sie bedrohen, verletzen und morden. Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten fanden sich in den Konzentrationslagern des Hitlerfaschismus wieder.

Auf welcher Seite steht die Polizei?

Wir fordern die Klärung der Gründe für dieses Wegsehen der Polizei. Ein Rücktritt der Verantwortlichen bei der Polizei Bocholt, bzw. bei der Kreispolizeibehörde Borken, reicht nicht aus. Zuständig ist der Innenminister in NRW, der nicht mehr tragbar ist.

Welche Rolle spielen der Verfassungsschutz und seine Spitzel in der NPD?

Wir fordern den Rücktritt des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Ingo Wolf.

Wir fordern das Verbot der NPD.

Wir fordern, in NRW darf es keinen Ort mehr geben, wo Neonazis sich versammeln können und ihre Hetze verbreiten.

Wir organisieren uns

Gewerkschaften, Parteien, Initiativen, Bündnisse und engagierte BürgerInnen müssen ein aktives „Netzwerk gegen rechts“ aufbauen,

- das AntifaschistInnen Schutz bietet, wo die Polizei diesen verweigert
- das antifaschistische Aufklärung betreibt über Hintergründe und Taten
- das aktiv ihren Protest auf die Straße trägt, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Alle DemokratInnen sind aufgefordert:

Kein Fußbreit den Faschisten!